



Die Politik verrät die Familie

Seit zwei Jahren gibt es das „Familiennetzwerk“, einen bundesweiten Zusammenschluss von Familien, Vereinen, Initiativen, Wissenschaftlern und Unterstützern, die sich gefunden haben, um aktiv zu sein – aktiv für Familien und für Kinder. Denn Kinder haben in der aktuellen „Vereinbarkeitsdebatte“ bisher keinen Platz

VON MARIA STEUER, VORSITZENDE „FAMLIENNETZWERK E.V.“

Eigentlich überflüssig, könnte man denken. Es wird doch schon soviel für Familien getan! Seit die Politik das Problem der Demographie und der schwindenden Geburtenrate erkannt hat, singen auch Politiker aller Parteien wieder das „Hohelied der Familie“. Es gibt „lokale Bündnisse für Familien“, die bundesweit wie Pilze aus dem Boden schießen, „Bündnisse für Erziehung“, „die Europäische Allianz für Familien“, Mehrgenerationenhäuser, „Erfolgsfaktor Familie“ und vieles mehr. Es scheint so, als ob aus dem Aschenputtel „Familie“ eine Prinzessin werden soll. Doch was unterm Strich bei soviel Familienfreundlichkeit herauskommt, ist bei genauerer Betrachtung leider genau das Gegenteil.

Die wahren Motive

Das Familiennetzwerk kommt vielmehr zu dem Schluss, dass das politische Motiv „Steigerung der Geburtenrate in Deutschland“ nur ein vorgeschobenes sein kann. Denn was wirklich mit aller Macht verfolgt wird, ist Mütter möglichst schnell dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung zu stellen. Antreiber scheinen auf der einen Seite Wirtschaftsunternehmen zu sein, die Fachkräftemangel befürchten, auf der anderen Seite Politiker, die einen Zusammenbruch des Rentensystems prognostizieren. Wirtschaft und Politik rechnen bekanntlich ganz nüchtern: Das Schweizer Forschungsinstitut „Prognos“ hat ermittelt, dass ein Unternehmen mit 1500 Mitarbeitern rund 300 000 Euro für familienfreundliche Maßnahmen ausgeben muss – etwa für Teilzeitangebote, Telearbeitsplätze oder Notfall-Kinderbetreuung. Diese Investitionen führen aber letztlich zu Kostenersparnissen von 375 000 Euro (weil keine neuen Mitarbeiter eingearbeitet werden müssen, etc.): ein Plus von 75 000 Euro! Ähnliche Rechnungen gibt es auch von der Politik: Würden 1000 Akademikerinnen mit Kleinkind eine Arbeit annehmen, würden die Einnahmen aus Steuern (plus die Steuereinnahmen über das Betreuungspersonal) ein Plus von ca. 10 Mio. Euro, nach Abzug der Kita-Betriebskosten, ausmachen.

Entmündigung der Familien

So einfach ist das. Die massenhafte Bereitstellung von Krippen ist daher das Mittel der Wahl. Wirtschaft und Politik sind begeistert, nur – der Applaus aus den Familien bleibt spärlich! Was ist da los? Sind Familien taub für die schönen Ankündigungen, oder hören sie nur genauer hin? Letzteres ist der Fall, denn gegen zwei Dinge sind Familien akut allergisch: Leere Versprechungen und Bevormundung. Wie sonst muss man die vielen „Beweise“ verstehen, die tagtäglich von der Politik in den Medien verbreitet werden? Beispiele: „Nur in Ländern mit hoher Müttererwerbstätigkeit gibt es hohe Geburtenraten!“ und „Nur in Ländern mit ausreichend früher Fremdbetreuung gibt es genügend erwerbstätige Mütter!“ Oder auch die Berichte über die vielen Kinder, die als Einzelkinder von ihren Müttern entweder vernachlässigt oder beglückt werden. Für sie sei es besonders wichtig, frühzeitig gebildet zu werden und soziales Miteinander zu lernen, am besten in der Kita. Inzwischen wird in der veröffentlichten Meinung davon ausgegangen, dass Kinder vor der Überforderung ihrer Eltern, die jederzeit und überall zum Ausdruck kommen kann, geschützt werden müssen. Die Diskriminierung der Familien schreitet unaufhörlich voran, und Ausnahmefälle werden verbal zum Regelfall erklärt. So lässt sich die geplante Entmündigung der Familien leichter rechtfertigen. Das Familiennetzwerk, klärt auf, wie die Entmündigung aussieht: Der Staat subventioniert nur eine Form der Kinderbetreuung, nämlich die in der Kita. Das bedeutet, dass die Wahlfreiheit aller Familien eingeschränkt wird. Denn andere Betreuungsmodelle werden dadurch unbegründet diskriminiert. Familien, die sich für eine andere Form der Betreuung (durch Kindermädchen, Tagesmutter, Au-Pair-Mädchen, die eigene Mutter) entscheiden, gehen leer aus und zahlen die gesamten Kosten aus eigener Tasche. Das ändert auch kein Gut-



Aus Überzeugung:
Es gibt einen Aufkleber, der den kleinsten gemeinsamen Nenner, der allen Mitgliedern des Netzwer-

kes am Herzen liegt, zum Ausdruck bringt: „Familienglück ist gemeinsame Zeit zu haben.“ Mit diesem Aufkleber können auch Sie Ihre Verbundenheit mit den Überzeugungen und Zielen des Familiennetzwerkes kund tun. Sie erhalten den Aufkleber kostenlos in jeder Rossmann-Verkaufsstelle auf Nachfrage an der Kasse. Zeigen Sie mit diesem kleinen Zeichen, dass Ihnen die derzeitige Familienpolitik suspekt erscheint und dass die Reduzierung der Familien auf „Schlafgemeinschaften“, nicht zukunftsweisend und modern sein kann.

scheinsystem! Dies steht im Widerspruch zum „Betreuungsurteil“ des BVerfG vom 10.11.1998 (Abs. Nr. 63-64). Dort heißt es, dass der Staat nicht berechtigt ist, „die Eltern zu einer bestimmten Art und Weise der Erziehung ihrer Kinder zu drängen.“

Äpfel und Koala-Bären

Wer die Startseite des Familiennetzwerkes (www.familie-ist-zukunft.de) aufruft, findet jede Menge Informationen, die all die schlüssigen veröffentlichten „Beweise“ in einem anderen Licht erscheinen lassen. Dort findet sich z.B. die Information, dass die Zahl der Einzelkinder seit 1991 um lediglich 0,4 Prozent angestiegen ist. Oder, dass die Zahl der erziehungsunfähigen Eltern unter 3 Prozent liegt. Oder, dass Müttererwerbstätigkeit und Geburtenrate soviel miteinander zu tun haben, wie die Größe der Äpfel in der Uckermark mit der Zahl der Koala-Bären in Australien. Man erfährt, was wirklich hinter den viel zitierten Zahlen aus den anderen europäischen Ländern steht, z.B., dass in Schweden ab Januar 2008 Eltern, die ihr Kind in den ersten drei Jahren zu Hause betreuen, eine Betreuungsunterstützung in Höhe von ca. 300 Euro gezahlt wird. Ein Meinungsforschungsinstitut hat im ►



„Rettet wenigstens die ersten drei Jahre“: Anna Wahlgren, bekannte Kinderexpertin aus Schweden und Mutter von neun Kindern, berichtete bei einer Tagung des Familiennetzwerkes beeindruckend vom verhängnisvollen Weg, den die schwedische Familienpolitik seit Ende des II. Weltkrieges genommen hat

März 2007 im Auftrag des Netzwerkes eine spezielle Umfrage durchgeführt. Es wurden junge Frauen, die noch keine Kinder haben, und Mütter, deren Kinder noch klein sind, gefragt, was für sie bei finanzieller Entscheidungsfreiheit in Frage kommt. Das Ergebnis war eindeutig: Mehr als zwei Drittel der Frauen will die ersten drei Jahre zu Hause bei den Kindern bleiben und dann in Teilzeit erwerbstätig sein.

Der Frankfurter Appell

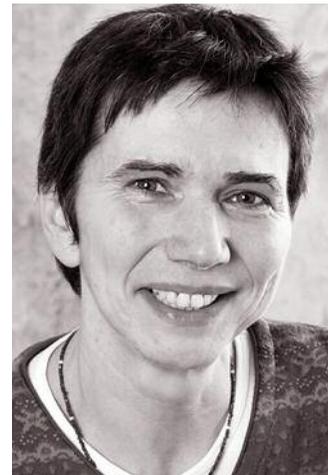
Im Mai 2007 organisierte das Familiennetzwerk eine Tagung mit internationalen Experten unter dem Thema „Was brauchen Kleinstkinder?“. Die Antwort der Fachleute war eindeutig: Kleinkinder brauchen vor allem sichere Bindungen, um zu reifen und sich zu unbeschädigten Persönlichkeiten entwickeln zu können. Und: Die Entwicklung einer Bindung braucht gemeinsame Zeit – und zwar mehr als eine Stunde am Tag! Wer sich für die Details der Vorträge interessiert, kann eine CD mit den dort gehaltenen Vorträgen über die Startseite des Familiennetzwerkes bestellen. Verabschiedet und an alle Bundestagsabgeordneten verschickt wurde der „Frankfurter Appell“. Dort heißt es: „Wir appellieren an die Gesellschaft

und die Politik, Mütter und Väter in dem entscheidenden primären Bindungsprozess mit ihrem Kind zu unterstützen. Der Staat ist aufgefordert, Eltern und Kindern genügend Zeit und Geld zu belassen, bzw. zur Verfügung zu stellen, um jedem Kind die ersten drei Lebensjahre in seiner Familie zu ermöglichen.“

Dreistigkeit der Politik

Diesem Bedürfnis wird das neu eingeführte Elterngeld nicht gerecht! Es endet nach zwölf bzw. 14 Monaten. Die häusliche Erziehung durch die eigene Mutter scheint nicht erwünscht zu sein. Nur wer sich fremder Kinder annimmt, als Erzieherin oder als Tagesmutter, erhält gesellschaftliche Anerkennung. Zwar sind sich die politischen Parteien beim neuen Unterhaltsrecht einig, dass Mütter einen Anspruch auf Betreuungsunterhalt für (mindestens) die ersten drei Jahre haben sollen. Dieser Unterhalt soll einzig und allein dazu dienen, die der Kleinkindentwicklung gerechte Betreuung durch die Mutter zu ermöglichen. Sobald dieses Recht auf persönliche Betreuung aber für die bestehenden Familien eingefordert wird, heißen solche Geldtransfers plötzlich „Herdprämien“. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Das Famili-

ennetzwerk bewertet diese Beobachtungen folgendermaßen: „Eine Politik, die Familienarmut derart erhöht, dass Doppelerwerbstätigkeit in der Familie notwendig wird, und dies dann noch als Selbstverwirklichungsfortschritt für die Frauen sowie Armutsprävention verkauft, handelt verantwortungslos. Wenn sie dann die aus der Doppelerwerbstätigkeit resultierende Vernachlässigung der Kinder beklagt, als Lösung die Ganztagsbetreuung von Klein auf präsentiert und dies als großzügiges Bildungsgeschenk an Familien verpackt, kann nur noch von Dreistigkeit gesprochen werden.“ Dass dieses „Bildungsgeschenk“ mit dem an den Familien eingesparten Geld finanziert wird, gerät dabei schnell in Vergessenheit. ●



Kämpft für Familien und Kinder: Vorstandsmitglied und Familientherapeutin Maria Steuer

ZUR PERSON

Maria Steuer ist Mutter von drei Kindern, Kinderärztin und Familientherapeutin in Hamburg. Sie ist Mitinitiatorin und Vorstandsmitglied des Familiennetzwerkes. Ihre eigenen Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf waren für Sie ein Grund, das Familiennetzwerk aufzubauen. Ihre Überzeugung: Sowohl die Mutter, als auch die Kinder leiden unter der mangelnden Quantität, die dem Erfahren von bedingungsloser Liebe entgegensteht.